



Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft **im zweiten Halbjahr 2020**

Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Europapolitik
unter der Leitung von Dr. Katja Leikert MdB und Sven Schulze MdEP
6. März 2020

Ab dem 1. Juli 2020 wird Deutschland bis Jahresende die EU-Ratspräsidentschaft von Kroatien übernehmen. Als erster Part der Trio-Präsidentschaft zusammen mit Slowenien und Portugal und in Kooperation mit der neuen Europäischen Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen gilt es für die CDU-geführte Bundesregierung entscheidende Schwerpunkte zu setzen und die EU handlungsfähiger zu machen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die laufenden Verhandlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU und zu den zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien bereiten hierfür ein herausforderndes Umfeld.

Die CDU tritt für ein ambitioniertes und engagiertes Vorgehen während der deutschen Ratspräsidentschaft ein. Wir stehen vor großen Herausforderungen wie dem Schutz der Bevölkerung vor dem Coronavirus, der Bewältigung einer sich anbahnenden Wirtschaftskrise, dem Klimawandel, der Digitalisierung, der Infragestellung der Werte liberaler Demokratien und das Erodieren des Multilateralismus. Deshalb fordern wir eine Fokussierung auf folgende Kernbereiche, um mit der EU eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu sichern.

Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie

Die weltweite Coronavirus-Pandemie stellt die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf eine ihrer größten Bewährungsproben. Der Schutz der Gesundheit aller europäischen Bürger und Bürgerinnen sowie die Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie haben allerhöchste Priorität. Wir als CDU sind bereit, uns der drohenden Wirtschaftskrise entgegenzustellen. Europa muss den Mitgliedstaaten, die Hilfe benötigen, solidarisch, schnell und unbürokratisch helfen. Die schnelle, europaweite Übernahme von Patienten aus Krankenhäusern mit überfüllten Intensivstationen ist ein leuchtendes Beispiel gelebter europäischer Solidarität. Es hat sich auch gezeigt, dass unkoordinierte nationale Alleingänge schädlich für alle sind. Deshalb muss die Antwort auf die Krise lauten: mehr Europa, ein stärkeres Europa und ein gut funktionierendes Europa. Wir setzen auf europäische Solidarität, Zusammenarbeit und Lösungen. Dabei streben wir die Nutzung und den Ausbau vorhandener Instrumente und Strukturen der Europäischen Union an. Zudem benötigt es eine europaweite Wiederaufbauinitiative, die nach überstandener Pandemie der Wirtschaft neue Dynamik verleiht. Sie muss wirtschaftliches Wachstum, Digitalisierung und Nachhaltigkeit zusammenbringen. Wir sind uns unserer europäischen Verantwortung hierfür bewusst und sind bereit, solidarisch unseren Beitrag zu leisten. Eine strukturelle Vergemeinschaftung von Schulden lehnen wir dabei ab, denn Haftung und Verantwortung müssen immer in einer Hand liegen.

Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Zentrales Ziel der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik muss es sein, eine eigenständige und wirksame Handlungsfähigkeit aufzubauen. Die EU muss hierfür in immer mehr Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit einführen. Zudem ist die gemeinsame Verteidigung effektiver und effizienter zu gestalten und die Einsatzfähigkeit zu verbessern. PESCO, die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung, ist ein Schritt hin zu einer verbesserten europäischen Verteidigung. Dies geschieht ausdrücklich im Bekenntnis und in Ergänzung zum Nordatlantischen Verteidigungsbündnis (NATO). Wichtig ist zudem, Schritte zu einer gemeinsamen europäischen Rüstungsexportpolitik einschließlich Exportkontrolle zu gehen. Weitere Projekte sind eine europäische Eingreiftruppe und die Einrichtung eines europäischen Sicherheitsrates, der auch der sicherheitspolitischen Einbindung Großbritanniens nach dem Brexit dienen kann. Wir wollen

mittelfristig eine echte europäische Verteidigungsunion schaffen. Unsere langfristige Vision bleibt eine europäische Armee.

Gemeinsame Migrations- und Asylpolitik

Der Migrationsdruck auf Europa wird auch in Zukunft bestehen bleiben und ist eine gesamt-europäische Aufgabe. Die EU braucht eine funktionierende, effiziente und krisenfeste europäische Lösung, die eine faire Lastenverteilung vorsieht. Sie muss zügig beschlossen und umgesetzt werden. Hierzu sind alle europäischen Institutionen aufgerufen. Die CDU-geführte Bundesregierung wird während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft diese Bemühungen mit allen Kräften unterstützen. Wichtige Grundsätze für einen Lösungsansatz sind für uns:

- Wirksamer Schutz der EU-Außengrenze einschließlich der Bekämpfung illegaler Migration und Schlepperbanden, durch eine deutliche Stärkung des Küsten- und Grenzschutzes
- Vorprüfung der Asylanträge schon an der EU-Außengrenze und Zurückweisung bei negativer Entscheidung
- Aufnahme und Integration der Menschen mit Bleibeperspektive im Rahmen einer EU-Lösung mit fairer Lastenverteilung und klarer Zuständigkeit
- Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern, weiterer Ausbau von Entwicklungszusammenarbeit
- Gemeinsame Standards für die Gewährung von Asyl und eine EU-weite Harmonisierung der Aufnahmebedingungen – Sekundärmigration muss unterbunden, Anreize dazu minimiert werden
- Abschluss weiterer Abkommen mit Drittstaaten nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens sowie Erhalt und Einhaltung des EU-Türkei-Abkommens

Green Deal

Die CDU unterstützt das Ziel einer klimaneutralen EU bis 2050 und den von der Europäischen Kommission vorgestellten Green Deal. Die globale Herausforderung des Klimawandels kann nur gemeinsam bewältigt werden. Die EU hat beim Klimaschutz weltweit eine Spitzenposition und Vorreiterrolle und muss die wirtschaftlichen Chancen sowie Innovationen eines nachhaltigeren Wirtschaftens nutzen. Wir denken Ökologie und Ökonomie zusammen. Andere Regi-

onen auf dieser Welt werden sich die Klimapolitik der EU sehr genau ansehen. Wenn wir erfolgreiche Klimapolitik mit erfolgreicher Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zusammenführen, werden uns diese Regionen folgen und wir werden die gemeinsam vereinbarten, globalen Klimaziele erreichen. Zusätzlich müssen Maßnahmen diskutiert werden, um emissionsreiche Produktion nicht aus der EU und Deutschland in Regionen mit niedrigeren Umwelt- und Emissionsauflagen zu verdrängen.

Multilateralismus und Rechtsstaatlichkeit

Die Stärke des Rechts und die Unabhängigkeit der Justiz sind tiefverwurzelte Grundwerte der Europäischen Union, die nicht verhandelbar sind. Wir rufen dazu auf, während der deutschen Ratspräsidentschaft Multilateralismus und Rechtsstaatlichkeit entschieden zu verteidigen. Zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit in der EU sprechen wir uns für ein transparentes und unabhängiges Verfahren aus, das alle Mitgliedstaaten gleichermaßen betrifft. Neben der Unabhängigkeit der Justiz muss zwingend auch die Medien- und Meinungsfreiheit gewahrt werden. Verletzungen dieser Grundwerte müssen auch finanzielle Konsequenzen haben. In der internationalen Handelspolitik wollen wir uns für die Stärkung der regelbasierten Ordnung im Rahmen der WTO einsetzen. Denn nur zusammen können eine regel- und wertebasierte internationale Ordnung und die Stärke des Rechts dauerhaft Frieden und Stabilität in Europa und der Welt schaffen.

Bildung, Forschung, Innovation und Digitalisierung

Die europäische Zusammenarbeit in Forschung und Bildung sowie weitere Fortschritte in der Digitalisierung und der Datenökonomie sind von außerordentlicher Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und der gesamten EU und müssen während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Fokus stehen. Hier entstehen die Unternehmen, Arbeitsplätze und Technologie von morgen. Deshalb müssen wichtige zukunftsweisende Verbesserungen in diesen Bereichen erzielt werden und die europäische Zusammenarbeit sowie Rahmensetzung gestärkt werden. Der Europäische Forschungsraum (EFR) muss als wichtige Grundlage unserer gemeinsamen Forschungs- und Innovationspolitik weiterentwickelt werden, dabei sind Horizont 2020 und das Nachfolgeprogramm Horizont Europa wesentliche Elemente. Um einen wirksamen und starken europäischen Digitalmarkt zu schaffen, müssen wir die schnelle Umsetzung des Aktionsplanes zur Digitalisierung, der Datenstrategie, der Industriestrategie und

des Weißbuches zur Künstlichen Intelligenz beginnen. Die Digitalisierung von Forschung und Bildung muss einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen und alle Ebenen der Bildung gezielt erreichen.

Brexit

Wir bedauern den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union, aber akzeptieren die souveräne Entscheidung der Briten. Auch in Zukunft bleibt für eine international starke EU die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich unverzichtbar.

Wir wollen auch künftig mit unseren britischen Partnern möglichst eng auf vielen Gebieten zusammenarbeiten. Einen besonderen Wert legen wir auf die Wahrung der Rechte der EU-Bürger sowie eine möglichst enge Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Zusammenarbeit in der NATO. Auch die zukünftigen Beziehungen müssen ein Gleichgewicht aus Rechten und Pflichten widerspiegeln und „einheitliche Spielregeln“ sichern. Für die CDU ist klar, dass die EU unfaire Wettbewerbsbedingungen durch niedrigere Sozial-, Umwelt- oder Steuerstandards bei gleichzeitiger freier Teilnahme am Binnenmarkt nicht akzeptieren kann. Vollen Binnenmarktzugang darf es nur bei vollständiger gegenseitiger Anerkennung aller Grundfreiheiten geben.

EU-Afrika Gipfel

Der EU-Afrika Gipfel während der deutschen Ratspräsidentschaft soll die Europäische Union und die Afrikanische Union (AU) einander näherbringen und die Beziehungen zueinander mit einem EU-AU-Vertrag intensivieren. Afrika muss auch als Kontinent der Chancen wahrgenommen werden, denn nur mit stabilen und wirtschaftlich prosperierenden Ländern des Kontinents kann gemeinsam an der Bewältigung großer Herausforderung wie der illegalen Migration oder dem Klimawandel gearbeitet werden. Ein neuer EU-AU-Vertrag soll eine enge Partnerschaft Europas aufbauend auf den Marshallplan mit Afrika mit seinem Nachbarkontinent definieren.

EU-China-Gipfel

Der EU-China-Gipfel während der deutschen Ratspräsidentschaft soll die Beziehungen zwischen der EU und China ordnen und zu einem besseren Austausch führen. Zentral hierfür ist

ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen der EU mit China über ein gemeinsames Investitionsabkommen. Wir haben die klare Erwartung, dass China seinen Markt gegenüber europäischen Unternehmen stärker öffnet als bisher, denn chinesische Unternehmen profitieren schon heute von der EU als offenem Handelspartner. Die Marktöffnung soll jeweils vergleichbar sein. Besonders wichtig sind uns insbesondere der Schutz geistigen Eigentums, vergleichbare Wettbewerbsbedingungen und Rechtssicherheit für europäische Investoren. In der Zusammenarbeit mit China muss die EU auf die universelle Geltung der Menschenrechte bestehen. Neben der digitalen Überwachung des sozialen und persönlichen Verhaltens müssen besonders die beunruhigenden Berichte über die Lage der Uiguren thematisiert werden. Zudem soll Chinas Rolle als Partner im Kampf gegen die weitere Erderwärmung thematisiert und konkretisiert werden.